



WAS ALLEN GEHÖRT

Commons – Neue Perspektiven
in der Armutsbekämpfung



DIE ARMUTSKONFERENZ.

e-Book inside

<i>Markus Spitzer, Michaela Moser:</i> Soziokratie. Ein Organisationsmodell für Commoners	195
<i>Philipp Sonderegger:</i> Fünf Kniffe für Schwarm-Campaigner_innen	207
Projekte (<i>Peter A. Krobath</i>): Mehr als ein Unterschlupf	218
Keimzellen der Basisdemokratie	220
Sichtbar Werden!	222
Netzwerk-Allmenden	224
Es gibt viele Alternativen!	226
Kapitel V – Sozialwirtschaft	
<i>Judith Pühringer, Philipp Hammer:</i> Sozialwirtschaft als Alternativwirtschaft?	
Soziale Unternehmen, Commons und Solidarische Ökonomie	231
<i>Nikolaus Dimmel, Katharina Meichenitsch:</i> Social Entrepreneurs.	
Profit in der Sozialwirtschaft	239
Projekte (<i>Peter A. Krobath</i>): Kost nix! Gratis! Geschenk!	256
Die Zweirad-Bewegung	258
Offene Werkstätten, auch am Land	260
Kapitel VI – Gesundheit und Ernährung	
<i>Ulrike Papouschek:</i> Gesundheit als öffentliches Gut	265
<i>Irmi Salzer:</i> Gutes Essen für alle! Keine Ernährungssouveränität ohne Commons	279
Projekte (<i>Peter A. Krobath</i>): Die Arche fährt nicht allein	288
Neue Schatzkarten	290
Wir geben euch Geld, damit ihr gut produzieren könnt	292
Autor_innen-Verzeichnis	295

Judith Pühringer, Philipp Hammer

Sozialwirtschaft als Alternativwirtschaft? Soziale Unternehmen, Commons und Solidarische Ökonomie

Soziale Unternehmen sind spezielle Unternehmen: Sie sind gemeinwohlorientiert und verfolgen wirtschaftliche, soziale, arbeitsmarktpolitische und oftmals auch ökologische Ziele in gleichem Ausmaß. Doch haben sie tatsächlich das Potenzial für die Entwicklung hin zu einer Alternativwirtschaft, welche ihren Namen auch verdient? Was sind berechnigte Kritikpunkte an Sozialen Unternehmen in Österreich und wie könnten sie sich in Richtung einer Solidarischen Ökonomie weiterentwickeln?

In diesem Beitrag sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Konzept der Solidarischen Ökonomie und der Landschaft Sozialer Unternehmen in Österreich untersucht werden. Dabei möchten wir im Besonderen auf gemeinnützige Soziale Unternehmen aus dem arbeitsmarktpolitischen Bereich eingehen – auf sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte. Diese Organisationen sind nicht profitorientiert und beschäftigen arbeitsmarktferne Menschen, um sie mithilfe einer zeitlich befristeten Beschäftigung und sozialarbeiterischer Betreuung langsam wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Das Ziel der sogenannten Transitbeschäftigung in diesen Unternehmen ist die Vermittlung zu einem Arbeitsplatz im regulären Arbeitsmarkt.

Solidarische Ökonomie und Social Business als alternative Wirtschaftsformen

Sowohl Solidarische Ökonomie als auch Social Business und Soziale Unternehmen werden – jeweils von sehr unterschiedlichen Akteur_innen – als alternative und zukunftsorientierte Formen des Wirtschaftens in einer kapitalistischen Ökonomie gesehen. Oft werden diese Begriffe aber auch verquickt und jeweils vereinnahmt und sind anfällig für Konflikte im Inneren sowie für Vereinnahmungsversuche von außen (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 9).

Der rund um *Social Entrepreneurship* und Soziale Unternehmen geführte Diskurs ist dabei oft sehr unpolitisch und beschränkt sich auf die Lösung sozialer Probleme durch das unternehmerische Denken und Handeln von außergewöhnlichen Unternehmer_innenpersönlichkeiten. „Every single problem can be converted to a social business“, meint Muhammad Yunus (Twittermeldung vom 7. März 2013) und definiert das Soziale Unternehmen ohne weitere Einschränkungen als „non-loss, non-dividend company that is created to address and solve a social problem“. Überspitzt zusammengefasst: für jedes Problem gäbe es ein passendes Geschäftsmodell, welches nur durch innovative Unternehmer_innen entdeckt und entwickelt werden müsste. So verleitend einfach dieses Modell klingt, so gefährlich kann es werden, wenn der Staat aus seiner gesellschafts- und sozialpolitischen Verantwortung entlassen wird und die strukturellen Ursachen für Ungerechtigkeit und soziale Probleme ignoriert werden. Habisch hat völlig recht: „Gesellschaftliche UnternehmerInnen können und wollen [und *sollen*, Anm. d. A.] (sozial-)staatliches Handeln nicht breitflächig ersetzen. [...] Es ist der Sozialstaat, der die innovativen Impulse gesellschaftlichen Unternehmertums institutionalisieren und mithin ‚auf Dauerbetrieb‘ umstellen kann“ (Habisch 2011: 58).

In den Diskussionen rund um das Thema Solidarische Ökonomie tritt Gemeinschaft, freiwillige Kooperation und Solidarität an die Stelle der für Social Entrepreneurship oft prägenden Unternehmer_innen. Sven Giegold definiert die Solidarischen Ökonomien als „Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen. Das Prinzip der Solidarität steht dabei im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, falsch verstandener, da unsolidarischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften“ (Giegold 2012: 266). In den oft stark lokal verwurzelten solidarökonomischen Unter-

nehmen geht es also vor allem um die Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen und nicht um den erwirtschafteten Gewinn. Das Motiv und Ziel ihres Wirtschaftens ist zum Beispiel die Schaffung von Wohnraum, Produkten oder Arbeitsplätzen. Anstelle des Kapitals steht die Arbeit und Entwicklung der Menschen im Zentrum der Unternehmen, wobei gemeinschaftlich und demokratisch über die Nutzung von Ressourcen und Produktionsmitteln entschieden wird (vgl. Voß 2010: 11–19).

Die in diesem Artikel zusammenfassend und vereinfachend als Soziale Unternehmen bezeichneten sozialökonomischen Betriebe, gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte oder gemeinnützigen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen im arbeitsmarktpolitischen Bereich erfüllen natürlich nicht die wichtigsten Eigenschaften, um als Teil der Solidarischen Ökonomie bezeichnet zu werden: Ihnen mangelt es vor allem an einer demokratischen Unternehmensform, in der alle Beschäftigten auf Basis von freiwilliger Kooperation und Solidarität zusammenarbeiten. Gleichzeitig passen sie aber auch nicht uneingeschränkt in die neue und „strahlende“ Welt rund um *Corporate Social Responsibility* (CSR) und Social Entrepreneurship, die uneingeschränkt auf die Problemlösungskraft von Unternehmen vertrauen. Sie stehen zwischen diesen beiden Welten und könnten sich in Zukunft zu einem wichtigen Teil von alternativen und solidarischen Unternehmen in Österreich weiterentwickeln: Sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte sind bereits jetzt gemeinnützige Unternehmen, die nicht nach höchstmöglichen Profiten streben, sondern versuchen, langzeitarbeitslose und benachteiligte Menschen beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu unterstützen. Trotzdem sind sie in Österreich immer noch hierarchisch geführte Unternehmen, während vergleichbare Betriebe in Italien oder Belgien großteils als Genossenschaften organisiert sind. Die Groupe Terre (www.terre.be) in Belgien funktioniert beispielsweise als gemeinnütziges und basisdemokratisch geführtes Unternehmen mit rund 300 dauerhaft beschäftigten Menschen. Alle Mitarbeiter_innen, die länger als ein Jahr für Terre arbeiten, haben in der Generalversammlung jeweils eine Stimme und entscheiden so über den Ankauf von Produktionsmitteln, die zukünftige Entwicklung des Unternehmens und auch über das Gehalt der leitenden Angestellten.

Bei bestehenden Sozialen Unternehmen ist auch die Freiwilligkeit bei der zeitlich befristeten Beschäftigung von Transitmitarbeiter_innen nicht gesichert: Laut den aktuellen Förderrichtlinien werden Transitmitarbeiter_innen den Sozialen Unter-

nehmen durch das AMS zugewiesen und die Weigerung, eine Stelle als Transitmitarbeiter_in anzunehmen, kann zu einer Sperre des Arbeitslosengeldes führen. Die Transitbeschäftigung in einem Sozialen Unternehmen ist daher – wie oft von manchen Arbeitsloseninitiativen betont – im Grunde eine „Zwangmaßnahme“. Trotz dieser Feststellung sind Soziale Unternehmen eine Unternehmensform der Gegenwart und Zukunft und haben das Potenzial, sich weiter an die Ideale der Solidarischen Ökonomie anzunähern. Sie sind bereits jetzt Unternehmen, die in einem durch Wettbewerb, Druck und Konkurrenz geprägten Arbeitsmarkt einen Unterschied ausmachen: für viele befristet beschäftigte Transitmitarbeiter_innen, die oft zum ersten Mal in ihrem Erwerbsleben Wertschätzung, Menschlichkeit und Anerkennung erfahren, aber auch in ihrem Anspruch wirtschaftlich zu sein und ihrem Bemühen darum, ihren sozialen Integrationsauftrag durch qualitätsvolle und existenzsichernde Beschäftigung sowie durch Beratung und Bildung zu erfüllen.

Soziale (Integrations-)Unternehmen und Perspektiven zur Weiterentwicklung

Andreas Exner und Brigitte Kratzwald ist zuzustimmen, wenn sie feststellen, dass die „sozialökonomischen Betriebe in Österreich [...] eher das Gegenteil einer Alternative zum Kapitalismus“ sind (Exner/Kratzwald 2012: 9). Sie sind entstanden, um vom kapitalistischen Arbeitsmarkt ausgegrenzte Menschen aufzufangen und durch auf maximal ein Jahr befristete Beschäftigung in einem geschützten Rahmen wieder auf den regulären Arbeitsmarkt vorzubereiten. Daher bieten sie keine dauerhafte Alternative zur Erwerbsarbeit in einem vom Kapitalismus geprägten Arbeitsmarkt.

Trotzdem sind diese gemeinnützigen Unternehmen geprägt von einigen Elementen, die eigentlich für die Solidarische Ökonomie kennzeichnend sind: Das Entstehen von Solidarischen Ökonomien ist oft eng mit Fehlentwicklungen in Markt und Staat verknüpft. Organisationen im Bereich der Solidarischen Ökonomie entstehen „in der Regel aus der Kritik am vorhandenen Angebot des Staates oder des Marktes“ und versuchen, „jene Blindstellen zu bedienen, die weder von profitorientierten Unternehmen noch von staatlichen Stellen und auch nicht über die informelle Eigenarbeit befriedigend abgedeckt werden können“ (Anastasiadis o. J.: 1). Die Sozialwirtschaft beziehungsweise im Speziellen

die gemeinnützigen Sozialen (Integrations-)Unternehmen in Österreich positionieren sich genau in diesem Bereich zwischen Staat, Markt und Eigenarbeit. Viele von ihnen entstanden ursprünglich aus Selbsthilfegruppen oder aus den Initiativen engagierter Sozialarbeiter_innen im arbeitsmarktpolitischen Bereich, die sich während der Krise in den 1970er- und 1980er-Jahren mit einer steigenden Arbeitslosigkeit (und damit einem Versagen von Staat und Markt) konfrontiert sahen. Die sogenannte experimentelle Arbeitsmarktpolitik und die Aktion 8000 unter Sozialminister Alfred Dallinger förderten nicht nur das Entstehen dieser Initiativen, sondern sicherten auch ihr dauerhaftes Bestehen und gelten als zwei der wichtigsten Faktoren für die Entwicklung jener Betriebe und Organisationen, die heute als sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte bekannt sind.

Soziale Organisationen arbeiten sehr oft mit und für Menschen, die selbst keine Lobby haben, ihre Anliegen und Forderungen kaum lautstark und vor relevanten Entscheidungsträger_innen formulieren können und ihnen zustehende Rechtsansprüche allein nur unzureichend durchsetzen können. Sie sehen sich daher oft nicht nur als Dienstleisterinnen, sondern auch als Unterstützerinnen und Vertreterinnen der bei ihnen beschäftigten Transitmitarbeiter_innen. Der Kostendruck durch staatliche Auftraggeber_innen stellt jedoch eine erhebliche Gefahr dar: „Die Decke zwischen wirtschaftlichem und sozialem Handeln ist hauchdünn [...]. Langfristig betrachtet gefährdet eine Strategie öffentlicher Beauftragung, die alleinig auf den Preis und nicht auf die Qualität ihre Aufmerksamkeit lenkt das innovative und gesellschaftsgestaltende Element“ (Anastasiadis o. J.: 8) dieser Organisationen. Gerade diese „Anwaltschaft“ und das Eintreten für bestimmte Personen und Personengruppen in politischen Prozessen ist es aber, das tatsächlich und langfristig soziale Probleme an der Wurzel packen kann, weil Fragen von Verteilung gestellt und Machtverhältnisse verändert werden.

Gerade angesichts dieser *Advocacy*-Funktion ist die fehlende Teilhabe und Mitbestimmung der Mitarbeiter_innen ein berechtigter Kritikpunkt an Sozialen Unternehmen. Die Rechtsform der Genossenschaften wäre daher ein interessantes und wirksames Vorbild für die künftige Weiterentwicklung der Sozialen Unternehmen: Sie würde nicht nur die Partizipation und Mitbestimmung der Mitarbeiter_innen garantieren, sondern auch Solidarität innerhalb des Unternehmens sicherstellen. Analog dazu sollte in Zukunft anstelle des Zwangs im Zugang zu einer Transitbeschäftigung die Freiwilligkeit treten: Die Transitbeschäftigung

in sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten ist laut den aktuellen Förderrichtlinien nur nach einer Zuweisung durch das AMS möglich – bei Ablehnung einer zugewiesenen Stelle drohen Sanktionen wie der Entzug des Arbeitslosengeldes. Unter diesem Zwangscharakter leiden nicht nur jene Transitmitarbeiter_innen, die unfreiwillig beschäftigt werden, sondern auch das eigentliche Ziel der Sozialen Unternehmen – die Reintegration ihrer Beschäftigten in den Arbeitsmarkt –, da der Zwang im Gegensatz zur Förderung und Unterstützung der Transitmitarbeiter_innen in einem geschützten Bereich des Arbeitsmarktes steht.

Wünschenswert wäre auch der Ausbau der Schnittstellenfunktion der Transitbeschäftigung in sozialintegrativen Unternehmen als Verbindung zwischen dem regulären Arbeitsmarkt und einem auf dauerhaftere Beschäftigung ausgelegten Übergangsarbeitsmarkt für Menschen, die am regulären Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen können. In Österreich ist dieser Übergangsarbeitsmarkt vergleichsweise stark ausgebaut, es existiert jedoch nur eine kleine Zahl an dauerhaft(er)en Arbeitsplätzen. Gemeinsam mit der einseitigen Zielsetzung für sozialintegrative Unternehmen (Integration in den ersten Arbeitsmarkt) führt dies für die betroffenen Personen oft zu einem endlosen Kreislauf und der wiederholten Transitbeschäftigung ohne realistische Chancen auf eine dauerhafte Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt (vgl. Dimmel 2000: 95). Dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten wären der erste Schritt, um (Transit-)Mitarbeiter_innen auch in Bezug auf Beteiligung und Teilhabe anders in die Unternehmen zu integrieren als bisher.

Neben dem Drehen an kleinen Schrauben stellt sich die Frage, wohin die Reise für Soziale Unternehmen gehen könnte. Welche ersten Schritte hin zu einer solidarökonomischen und commonsbasierten Produktionsweise könnten Soziale Unternehmen gehen?

Exner und Kratzwald unterscheiden commonsbasierte Produktionsweisen und Entscheidungsstrukturen auf jeweils unterschiedlichen Organisationsniveaus (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 92). Einerseits gibt es die schon erwähnte Organisationsform der Genossenschaft oder Kooperative, die auf sozialer Gleichheit der Mitglieder und freiwilliger Kooperation basiert. Ziel ist nicht die Kapitalverwertung, sondern die Förderung der Mitglieder, es herrscht das Identitätsprinzip (Käufer_in und Verkäufer_in, Mieter_in und Vermieter_in etc. fallen in einer Rolle zusammen) und außerdem das Demokratieprinzip. Exner und Kratzwald betonen aber, dass Genossenschaften, solange sie in die Marktwirtschaft einge-

bunden sind, keine Solidarische Ökonomie bilden – sie können lediglich ein entscheidender Schritt in Richtung einer Solidarischen Postwachstumsökonomie sein beziehungsweise für eine Solidarische Ökonomie förderlich sein, wenn sich Kooperativen in sozialen Kämpfen mit dem Ziel der Aneignung von Ressourcen verorten (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 95).

Einige internationale Beispiele von Kooperativen gehen in Bezug auf die Prinzipien des Commoning und der Solidarischen Ökonomie weiter: So beispielsweise das Netzwerk der Kooperativen in Venezuela, Cecosesola, welches das Profitprinzip gänzlich ablehnt, über kein Management verfügt und wo es den Mitgliedern wesentlich um die Herausbildung neuer sozialer Beziehungen gegen die Muster der patriarchalen und von Machthierarchie geprägten Gesellschaft geht. Die Mondragón Corporación Cooperativa im Baskenland ist ein anderes Beispiel, zu dem es aber auch viele kritische Stimmen und Untersuchungen gibt, was beispielsweise die Rolle des Managements oder auch die Diskriminierung von Frauen betrifft. Ein weiteres Beispiel stellt die jüdische Kibbuz-Bewegung dar, die vor allem im urbanen Raum wieder stärkeren Zulauf erfährt (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 101–104).

Ein Patentrezept für das Commoning im Bereich der (Solidarischen) Ökonomie gibt es vermutlich nicht. Exner und Kratzwald folgern in ihrem Buch, dass „Veränderung nur gelingen kann, wenn praktische Lösungen für die Bewältigung der Widersprüche zwischen Kooperation und Konkurrenz, konstituierender und konstituierter Macht, zwischen Commons und Kapital gefunden werden“ (Exner/Kratzwald 2012: 124–125). Entscheidend für eine gelungene Lösung jenseits von Markt und Staat ist weniger die jeweilige Organisationsform, als vielmehr die Perspektive der Beteiligten und das Verhältnis zum bestehenden System, die als Grundlage dienen können, um Tätigkeiten des Commoning im wirtschaftlichen Leben und in der konkreten Arbeitsumgebung zu identifizieren, zu stärken und weiterzuentwickeln. Die Grundfrage ist also die, ob eine Unternehmensalternative die jeweilige Autonomie der Beteiligten erhöht und ihnen neue Verwirklichungschancen jenseits von Markt und Staat eröffnet. Es geht daher immer auch um (übergreifende) soziale Kämpfe und Aushandlungsprozesse. Soziale Unternehmen der Sozialwirtschaft haben ein großes Potenzial, diese Prinzipien zu entdecken, zu erlernen und umzusetzen, weil sie bereits jetzt einige wesentliche und entscheidende Unterschiede zu herkömmlichen konkurrenz- und profitorientierten Unternehmen aufweisen und nicht zuletzt auch deshalb,

weil die Frage nach sozialen Kämpfen sowie Fragen von Verteilungsgerechtigkeit zumindest in der Gründungsidee vieler Sozialer Unternehmen eine sehr zentrale Rolle gespielt hat und weiterhin spielt.

LITERATUR

- ANASTASIADIS, MARIA (O. J.): Solidarische Ökonomie. Bestandsaufnahme und Perspektiven in Österreich. <http://ebookbrowse.com/solidarische-oekonomie-bestandsaufnahme-und-perspektiven-in-oesterreich-maria-anastasiadis-doc-d119769928>, 26.05.2013.
- BIRKHÖLZER, KARL (2006): Soziale Unternehmen: Ausweg aus Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung? In: Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hg.): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg.
- DIMMEL, NIKOLAUS (2000): Gemeinnützige Zwangsarbeit? Arbeitsmarktintegration zwischen Arbeitspflicht und innovativen Beschäftigungsmaßnahmen. Wien.
- EDWARDS, MICHAEL (2008): Small Change. Why Business won't save the world. San Francisco.
- EXNER, ANDREAS/KRATZWALD, BRIGITTE (2012): Solidarische Ökonomie & Commons. Wien.
- GIEGOLD, SVEN (2012): Solidarische Ökonomie. In: Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan (Hg.): ABC der Alternativen 2.0. Hamburg.
- HABISCH, ANDRÉ (2011): Gesellschaftliches Unternehmertum – Blinder Fleck wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Gemeinwohltheorien. In: Hackenberg, Helga/Empter, Stefan (Hg.): Social Entrepreneurship – Social Business: Für die Gesellschaft unternehmen. Wiesbaden, 49–66.
- OSTROM, ELINOR (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München.
- PÜHRINGER, JUDITH/HAMMER, PHILIPP (2013): Soziale Unternehmen und die Ökonomie der Aufmerksamkeit. In: Kurswechsel 2/2013, 56–69.
- VOSS, ELISABETH (2010): Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich! Neu-Ulm.